

Die Studenten sind zurück

Die Städte werden wieder jünger, in Cafés und Kneipen ist mehr los und vor den Instituten und Bibliotheken herrscht wieder Leben. Am Montagenden die Semesterferien an den meisten Hochschulen. Auch an der größten Universität in der Region – der Uni Heidelberg – startet dann wieder die Vorlesungszeit für 27 560 Studierende. Gut 1000 davon starten sogar ganz neu in ihr Studium in Heidelberg, wie die Uni auf RNZ-Anfrage mitteilt. Viele junge Menschen zog es schon kurz nach Ostern zurück in ihre Wohngemeinschaften und Wohnheime. Das machte sich auch in der Marstallmensa in der Altstadt bemerkbar, wo in diesen Tagen auch am Nachmittag wieder mehr los war. Foto: Philipp Rothe



Alles hängt von wenigen Tagen ab

Kritik an Kürzung der Ruhetage im Jura-Staatsexamen

han. Wenn diese zehn Tage nicht gut laufen, waren die letzten neun Semester an Klausuren, Hausarbeiten und Arbeitsgemeinschaften für die Katz. Dieses Wissen nehmen alle Jura-Studierende mit in ihr erstes Staatsexamen, in dem sie innerhalb von zehn Tagen sechs fünfstündige Klausuren schreiben. Zwischenprüfungen gibt es dagegen keine im Studium – wer beim Staatsexamen durchfällt, muss in einem anderem Studium von vorne anfangen.

„Dieses Examen bestimmt die berufliche Zukunft“, sagt die 22-jährige Gamze Kara, die seit 2020 Jura in Heidelberg studiert, im Fakultätsrat sitzt und Sprecherin der Heidelberger Jusos ist. Sie hat mit großer Sorge von den Plänen des Landesjustizprüfungsamts (LPJA) mitbekommen, nach dem der Examenzeitraum auf acht Tage verkürzt werden soll. Dabei sind die Jura-Studierenden jetzt schon „extremem Druck“ ausgesetzt, wie Karas Juso-Co-Sprecher, Marvin Frank, sagt.

Die Kürzung der Ruhetage im Staatsexamen geht auf die gemeinsame Initiative der Bundesländer zurück, die eine bessere Vergleichbarkeit der Prüfungsbedingungen erreichen möchten. „Wenn man das möchte, warum streicht man dann die Ruhetage?“, wundert sich Kara. Genauso gut könnte man in allen Bundesländern mehr Ruhetage einführen. Eine weitere Begründung des LPJA ist die Anmietung geeigneter Räume, vor allem wenn das Staatsexamen zukünftig am PC geschrieben werden soll. Doch das überzeugt Frank eben-

„Die Studierenden sind extremem Druck ausgesetzt“

falls nicht. Der 25-Jährige hat sein erstes Staatsexamen bereits absolviert und ist aktuell im Referendariat am Landgericht Mosbach. Grundsätzlich befürwortet er den Schritt hin zu digitalen Prüfungen, da diese die Arbeitsrealität besser abbilden. „Aber der psychische Druck bleibt.“ In dieser extremen psychischen Stresssituation seien Ruhetage unbedingt notwendig, ist sich Frank sicher.

Kara und Frank ärgern sich auch darüber, wie die Entscheidung zur Verkürzung der Ruhetage getroffen wurde: „Mit uns Studierenden hat niemand gesprochen“, so Kara. Erst nach Bekanntmachung der Entscheidung mobilisierten Studvertreter gegen die Kürzung, woraufhin auf Betreiben des Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) das Land Baden-Württemberg einen „Sonderweg“ einschlug. Hier soll das Staatsexamen nun auf neun Tage verkürzt werden, den Studierenden bleibt also ein Ruhetag mehr erhalten.

Eine Möglichkeit, die psychische Belastung im Jura-Studium zu senken, sieht Kara in der Einführung eines Bachelor-Studienganges: „Dann steht man nicht mit nichts da.“ Frank fragt sich derweil, ob das aktuelle Prüfungsverfahren überhaupt geeignet ist, fähige Juristen zu finden: „Diese super hohen Anforderungen sind eigentlich nicht praxisgemäß.“ Auch bereits das Studium kaum auf das Staatsexamen vor, so Kara. „Viele greifen auf Repetitorien zurück.“ In diesen werden die Studierenden auf das Examen vorbereitet, allerdings kosten sie knapp 2000 Euro. „Vonseiten der Uni wird es als selbstverständlich angenommen, dass man das zahlt“, empört sich Kara. Frank hat auf ein Repetitorium verzichtet und sich selbst vorbereitet, aber: „Das war natürlich viel mehr Aufwand.“

Kommt bald die Bafög-Revolution?

Ausbildungsförderung in vielen Bereichen nicht mehr zeitgemäß – Bürokratie und strenge Regelungen schrecken ab – Ampel plant Novelle

Von Julia Schulte und Denis Schnur

Lucas Kelm ist es wichtig, zu betonen, dass es ein Privileg ist, in einem Land zu leben, in dem es so etwas wie Bafög (siehe Hintergrund) gibt. Doch ansonsten hat er nicht so viel Gutes über die finanzielle Unterstützung für Studierende zu sagen – und das liegt vor allem an der Bürokratie. Kelm studiert im neunten Bachelor-Semester Japanologie und Archäologie. Der 24-Jährige erhält fast den Bafög-Höchstsatz. Genau sagen, wie viel er bekommt, kann er noch nicht, da er im letzten Semester bei seiner Mutter gemeldet war und daher keine Wohnfinanzierung erhielt. Für das neue Semester wollte er sich eigentlich eine eigene Bleibe in Heidelberg suchen – „aber bei den Mietpreisen, keine Chance“, so Kelm. Deshalb wohnt er nun in Neckargemünd, bezahlt aber auch dort über 400 Euro Miete – mehr als die Hälfte seines Bafögs.

Dabei ist Kelm schon froh, wenn er das Geld überhaupt auf dem Konto hat. Vergangenen August kehrte er von seinem Auslandssemester in Japan zurück, danach stellte er einen neuen Bafög-Antrag. Das Geld erhielt er im März. Das halbe Jahr überbrückte er mit Hilfe seiner Familie – die aber auch nicht besonders viel hat, sonst würde er ja nicht so viel Bafög erhalten.

Vor allem die Bürokratie sei schlimm, berichtet Kelm. Das merkte er etwa, als er Auslands-Bafög beantragte: Für Japan gibt es eine Bearbeitungsstelle – und die ist für ganz Deutschland zuständig. „Da arbeitet nur eine Handvoll Leute, die waren total überfordert“, so Kelm. Seine Studienförderung fürs Ausland erhielt Kelm erst, als er schon einige Monate in Japan war.

In Heidelberg seien die Mieten das größte Problem, sagt Kelm. Denn beim Bafög macht es keinen Unterschied, ob die Mieten in der Stadt, in der man lebt, besonders hoch sind. Eine Freundin studiere etwa im Osten – und zahle viel weniger Miete. „Aber ich möchte gerne weiter in Heidelberg studieren, ich mag es hier“, so Kelm. Der Umzug nach Neckargemünd ist daher eher eine Notlösung.

Aktuell ist Kelm auf der Suche nach einem Nebenjob. Bafög-Empfänger dürfen bis zu 520 Euro im Monat dazu ver-



Lucas Kelm ist Bafög-Empfänger – und wünscht sich eine Reform des Systems. Foto: Rothe

HINTERGRUND

> Das **Berufsausbildungsförderungsgesetz (Bafög)** regelt die staatliche Unterstützung für Studierende, Schüler und Auszubildende. Im allgemeinen Sprachgebrauch wird mit Bafög jedoch die ausgezahlte Förderung bezeichnet. Das Gesetz trat 1971 in Kraft. Damals wurde Bafög als Vollzuschuss ausbezahlt. 1983 machte die damalige Bundesregierung aus dem Zuschuss ein Darlehen. Erst seit 1990 gibt es das heutige Modell, nach dem die Empfänger in der Regel nur die Hälfte ihrer Förderung zurückerhalten.

> **934 Euro pro Monat** erhalten Empfänger maximal. Die Summe setzt sich zusammen aus dem Grundbetrag (bis zu 52 Euro), der abhängig vom Einkommen des Empfängers und der Eltern ausbezahlt wird. Hinzu kommen Zuschläge von bis zu 360 Euro für die Wohnung sowie 94 Euro für Kranken- und 28 Euro für Pflegeversicherung, wenn man nicht über die Eltern versichert ist.

> **623 000 Menschen** haben im Jahr 2021 Bafög bezogen – 468 000 Studierende und 155 000 Schülerinnen und Schüler. Aktuellere Zahlen liegen nicht vor. Der Wert liegt minimal höher als 2020 – zuvor war er seit 2012 stetig gesunken. dns

dienen. „Für mich persönlich reicht es auch ohne Job, ich bin nicht sonderlich anspruchsvoll“, sagt Kelm. Trotz Inflation sei er immer gut über die Runden gekommen, „aber ich musste schon nochmal mehr aufpassen“. Neben der Miete habe er keine großen Ausgaben. Kelm schätzt, dass er für Lebensmitteleinkäufe und Mensa-Essen etwa 100 bis 200 Euro im Monat ausgibt. Einkünfte aus einem Nebenjob würden ihm eine gewisse Sicherheit geben. „Dann kann ich mir auch endlich einen neuen Laptop kaufen – ohne Nebenjob würde ich mich das nicht trauen.“

So wie Kelm geht es vielen Bafög-Empfängern. Sie sind dankbar für die Unterstützung, hadern jedoch mit der Bürokratie und fürchten sich ständig vor unerwarteten Ausgaben. Deshalb hat sich vor wenigen Wochen ein Bündnis der wichtigsten Studierendenorganisationen mit einem dringenden Appell an die Bundesregierung gewandt. „2023 muss das Jahr der Bafög-Reform werden“, fordern die Hochschulgruppen von SPD, Unionsparteien, Grünen und der FDP ebenso wie der Dachverband der Studierendenwerke und der freie Zusammenschluss der Studierendenvertretungen.

Denn die Ampelkoalition hatte zwar im Juni 2022 die Bafög-Sätze und Freibeträge zuletzt deutlich angehoben – doch durch die Inflation bleibt den Studierenden am Ende trotzdem weniger Geld zum Leben als vor Ausbruch des Ukraine-Kriegs. Außerdem steigt mit dem erhöhten Bafög-Satz auch die Verschuldung, die die Empfänger aus dem Studium mitnehmen. Und an der überbordenden Bürokratie und den ewig langen Prozessen hat die letztjährige Reform ebenfalls nichts geändert.

Außerdem bleibt ein struktureller Schwachpunkt, der in der Debatte über die Studienfinanzierung kaum Beachtung findet: Fast 40 Prozent der Studierenden sind gar nicht erst Bafög-berechtigt – und zwar nicht, weil ihre Eltern zu viel verdienen. Sondern weil sie ihr Studienfach gewechselt oder ihre Regelstudienzeit deutlich überschritten haben. „Das zeigt: Das Bafög ist über einen langen Zeitraum nicht an die

veränderten Lebenswirklichkeiten angepasst worden“, kritisiert das Bündnis der Studierendenorganisationen. Die Vertreter fordern deshalb neben einer erneuten deutlichen Anhebung der Sätze eine „echte Strukturreform“. „Eine verspätete Einmalzahlung löst das tief sitzende Problem der Armut unter Studierenden keineswegs!“, bemängelt etwa Lea-Marie Neufeld von den SPD-nahen Juso-Hochschulgruppen. Sie fordert „Krisenstabilität“ statt unzureichender Sofortmaßnahmen (siehe Artikel unten).

Doch es gibt Hoffnung für Kelm und die anderen Bafög-Empfänger. Denn die Bundesregierung hat angekündigt, es nicht bei der Reform von 2022 zu belassen, sondern die Ausbildungsförderung „grundsätzlich“ umzugestalten. So kündigt etwa die SPD-Fraktion an, dass der Kreditanteil gesenkt werde, um „der Verschuldung entgegenzuwirken“. Zudem wolle die Koalition die Förderhöchstdauer anpassen und „eine elternunabhängige Basisförderung für alle volljährigen Studierenden“ einführen. Für Studienbegünstigte aus Haushalten mit wenig Einkommen ist zudem eine Start-

hilfe geplant. Zwei Milliarden Euro will die Regierung für die Reform in den kommenden Jahren zur Verfügung stellen. Das Bündnis der Studierendenvertretungen pocht darauf, dass die Pläne auch zügig umgesetzt werden. „Auf die großen Ankündigungen zu einer Neuausrichtung müssen nun auch Taten folgen“, fordert Niklas Nottebohm vom Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS).

Das Vorhaben und die Forderungen des Bündnisses decken sich mit den Wünschen des langjährigen Bafög-Empfängers Kelm. Auch er hofft auf eine Förderung, die weniger stark vom Elternhaus abhängt. Und auf realistischere Regelungen bei den Studienzeiten. Denn bislang ist für ein Bachelor-Studium lediglich eine Förderdauer von sechs Semestern vorgesehen. „Aber gerade in der Japanologie schaffen das die wenigsten, der Arbeitsaufwand ist dafür einfach zu hoch“, so Kelm – gerade, wenn man nebenher arbeiten muss.

Basisförderung für alle Studierenden

Wenn die „Soforthilfe“ für Studis erst nach vielen Monaten kommt

198 Tage und viel Bürokratie liegen zwischen Beschluss und Auszahlung der Energiepauschale: Wie RNZ-Mitarbeiter und Student Leon Kaessmann endlich an das Geld kam

Sechseinhalb Monate, um genau zu sein: 198 Tage – so lange hat es gedauert, bis sie auf meinem Konto gelandet ist: die sehnstüchtig erwartete 200-Euro-Einmalzahlung für Studierende. Doch, halt – sollte das nicht eigentlich eine „Winter-Soforthilfe“ als Unterstützung für die gestiegenen Energiepreise werden? Schnell und unbürokratisch? Ach, egal, denke ich, als ich Mitte März freudig meine Online-Banking-App öffnete und erst einmal die Schulden meines Fusion-Festival-Tickets begleiche. Denn langsam hatte ich daran gezweifelt, dass mich das Geld tatsächlich irgendwann erreichen würde.

Ende Januar 2023. Bisher gibt es noch keine Informationen, wie oder wo man sich als Studierender seine versprochenen 200 Euro holen kann. Meine Mama schickt mir auf Whatsapp einen Link mit dem ominösen Namen „www.einmalzahlung200.de“. „Nee, Mama, das ist Betrug“, will ich schon schreiben, bis ich doch neugierig werde und draufklicke. Erfreut merke ich, dass es sich tatsächlich um eine staatliche Website handelt und ich mir hier meine 200 Euro holen

kann. Doch die Sache hat einen Haken. Ich entdecke nämlich das Datum, ab wann das Geld beantragt werden kann: 15. März. „Jetzt will ich es aber wissen“, denke ich mir nach kurzer Enttäuschung; wenn es schon keine „Winter-Soforthilfe“ sein soll, dann wenigstens eine „Winterhilfe“. Und der kalendarische Winter geht schließlich bis 21. März. Herausforderung akzeptiert.

Akribisch will ich jeden Schritt befolgen, um das Geld schnellstmöglich zu erhalten. Da wäre das Bund-ID-Konto, das zwar schnell erstellt ist, doch noch verifiziert werden muss. Dazu brauche ich meinen Online-Ausweis. „Wer braucht denn sowas?“, denke ich kopfschüttelnd. Per App muss ich mich wieder mal registrieren und meinen Ausweis gegen mein Handy drücken. Es piept. „Ihr Online-Ausweis ist nicht aktiviert“ erscheint es auf dem Display, „bitte wenden Sie sich an ihr zuständiges Bürgeramt.“ Ich atme tief durch. Ein neuer Ausweis kostet 22,80 Euro. Ein Blick auf den Kontostand reicht, um festzustellen, dass eine andere Lösung her muss.

Die Alternative heißt „Elster-Zertifikat“. „Elster“ ist eine Abkürzung für „Elektronische Steuererklärung“, sagt mir Wikipedia. Damit machen Boomer also ihre Steuererklärung. Doch ich bin Student. Ich zahle keine Steuern. Zähneknirschend setze ich mich an die nächste Registrierung. Um das Zertifikat zu bekommen, brauche ich mal wieder einen Pin. Und der kommt drei Wochen später per Post. Hallo Digitalisierung. Doch ich habe jetzt immer noch Zeit. Optimistisch, wie ich nun mal bin, hoffe ich, dass es mit der Winterhilfe doch noch klappen könnte.

Am 15. März gehe ich gleich nach dem Aufstehen, also gegen 11 Uhr, auf die Website. Doch es gibt zwei Probleme. Erstens: die „virtuelle Warteschlange gegen Server-Überlastung“; ich könnte wahrscheinlich Stunden warten, bis ich durchkomme. Zweitens: In meinem Eifer habe ich vergessen, dass ich, um meinen Studentenstatus nachzuweisen, ja noch einen weiteren Verifizierungscode brauche – dieses Mal von der Uni. Verzweifelt suche ich in meinem Postfach und auf der Uni-Seite. Nichts.



Als „Winternothilfe“ geplant, aber auch noch im März willkommen: die 200-Euro-Energiepauschale für Studierende. Symbolfoto: dpa

Auf Instagram erfahre ich schließlich durch Zufall, dass es nicht nur mir so geht – und die Studierenden der Pädagogischen Hochschule ihren Code schon erhalten haben. Ein doppelter Schlag ins Gesicht.

Am 16. März ist es schließlich so weit. Auf irgendeiner Uni-Seite finde ich meinen persönlichen Zugangscode. Aber warum stehen da zwei Nummern? Die Antwort folgt prompt, als ich auf einmalzahlung200.de etwas nach unten scrolle. Wer von der Hochschule neben dem Verifizierungscode noch einen zusätzlichen Pin erhalte, brauche weder Online-Ausweis noch Elster-Zertifikat. Ja, das steht da wirklich. Nach kurzer Recherche merke ich: Fast alle Hochschulen haben diese zwei Codes. Ich bin am Ende. Mit letzter Kraft klicke ich auf „Antrag abschicken“ und falle in einen tiefen, traumlosen Schlaf.

Am 20. März kann ich stolz vor Familie und Freunden verkünden, dass ich die 200 Euro erhalten habe. Es hat geklappt. Meine Winterhilfe ist da. Und mein Mitbewohner stellt verwundert fest: „Das Geld ist schon da? Das ging jetzt aber schnell.“